



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/III/10 - 12. Januar 1957

Abwechse
um den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 81881-88
Fernschreiber 0886890

Es geht um Milliardenbeträge	S. 1
Zu Konsultations-Konferenz	S. 2
Streit um Aden zwischen England und USA	S. 3
Beschaffungswort des Familienministers	S. 5
zu zwei Publikationen Gerhard Weisers	S. 7

29 NATO-Flugplätze

Von H.G. Ritzel, KdB.

Der Bundestag wird sich demnächst mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines 5. Nachtrags zum Bundeshaushalt für das Rechnungsjahr 1956 zu befassen haben. Nach einer 1. Beratung dürfte der Bundestag diesen 5. Nachtragshaushalt dem Verteidigungsausschuss und dem Haushaltsausschuss zur mündlichen Beratung überweisen. Er handelt sich um Milliardenbeträge, die hier erstelle bisheriger Vorwegbewilligungen und Bindungsermächtigungen endgültig erledigt werden sollen. Den Ausschussberatungen soll im Hinblick auf die sehr vielfach herausfordernden Ansätze nicht vorgegriffen werden, jedoch scheint es zurzeit, einmal auf die Belastung des deutschen Steuerzahlers anlässlich der Errichtung gemeinsamer Flugplätze für NATO- und Bundesverteidigung hinzuweisen.

Von speziellen Anlagen abgesehen werden unter den allgemeinen Ausgaben 1.663.500 DM als Aufwand für deutsche Verteidigungsstreitkräfte und Verteidigungseinrichtungen verlangt. Der Betrag ist dazu bestimmt, die Kosten für den weiteren Aufbau und die Unterhaltung der deutschen Bundeswehr und der Verteidigungsverwaltung und ihrer nachgeordneten Dienststellen zu decken. In dieser Summe stecken auch die Aufwendungen für die 7. und 8. Tranche der Errichtung von gemeinsamen Flugplätzen der NATO und der deutschen Bundeswehr. Eine vertraglich vorgesehene Beteiligung an den hier entstehenden Kosten mit 16,1 % ist trotz der vertraglichen Abmachungen noch nicht durchzusetzen. Die Bundesrepublik

12. 1. 1957

Deutschland wird im Rahmen eines gemeinsamen Bauhaushalts auf Grund des sogenannten Infrastrukturbauprogramms mit zwei Drittel der entstehenden Kosten belastet.

Der international üblich gewordene, aber ohne Spezialkenntnisse nicht übersetzbare Ausdruck Infrastruktur bedeutet nichts anderes als NATO-Baumaassnahmen. Eine NATO-Baumaassnahme ist für die Bundesrepublik eine reichlich teure Angelegenheit. Es sollen 29 gemeinsame Flugplätze errichtet werden, aber das Gelände ist erst für zwei Flugplätze vorhanden. Das Landbeschaffungsgesetz, das die Gemeinden, die Kirchen und die Bauern zwingt, grosse Gelände Flächen für militärische Zwecke abzugeben, soll erst die erforderliche Lösung bringen. Jedenfalls handelt es sich bei diesen Ansätzen wie bei der bewilligten und zusätzlich angeforderten Endsumme um Beträge, die die Aufmerksamkeit des deutschen Steuerzahlers verdienen. Für Personalausgaben werden einschliesslich des 5. Nachtrages 519 911 500 DM angefordert, für Sachausgaben 94 430 300 DM, für allgemeine Ausgaben 3 336 525 500 DM, für einmalige Ausgaben 3 361 241 500 DM oder in der Endsumme insgesamt 7 312 108 800 DM.

+ + +

Kalträtigte Wahrheit

G.K. Die letzte Pressekonferenz des Bundeskanzlers erbrachte den Beweis dafür, dass die CDU-Regierung, an ihrer Spitze Dr. Adenauer, auch vor dieser Bundestagswahl das normale Verhältnis zur Wahrheit - die Wahrhaftigkeit - aufzugeben gewillt ist. Man wundere sich nicht über diese harte Feststellung. Was soll man aber anderes davon halten, wenn ausgerechnet Dr. Adenauer ohne zu erröten behauptet, die Bundesregierung verfolge schon seit 1953 die Politik der militärisch verdünnten Zone in Europa?

Tatsache ist folgendes: Als Anthony Eden im Sommer 1955 noch vor dem Treffen der Grosse Vier in Genf überraschend den berühmten "Eden-Plan" präsentierte, durch den der Begriff der militärisch verdünnten Zone zum ersten Mal in den Mittelpunkt der internationalen Diskussion über das Deutschland-Problem gestellt wurde, hat die auch jetzt noch von Adenauer geführte Bundesregierung eindeutig jede Abweichung von der durch sie selbst geförderten "Politik der Stärke", d.h., der Politik der westdeutschen Aufrüstung (500 000 Mann!) und der Politik der militärischen Blöcke als "illusorisch und für die Sicherheit Deutschlands ge-

fährlich" zurückgewiesen. Es ist bekannt, dass die westlichen Alliierten seinerzeit nicht zuletzt wegen der Vorstellungen der Bundesregierung den ursprünglichen Eden-Plan fallen liessen und dann etwas später - auf der Genfer Aussenministerkonferenz im Oktober 1955 - nur noch einen modifizierten Eden-Plan zur Diskussion stellten. Aber auch dieser modifizierte Eden-Plan, in dem ebenfalls der Begriff der verdünnten militärischen Zone in Europa anklang, fand keine Gegenliebe bei der Bundesregierung.

Im Gegenteil. Aussenminister v. Brentano kreuzte in Genf auf und erklärte, die Bundesregierung sehe keinen Grund, von der von ihr bisher eingenommenen Haltung abzuweichen, und die CDU-Bundestagsfraktion beschloss noch während der Genfer Aussenministerkonferenz, sich nach wie vor für die beschleunigte Aufstellung eines 500 000-Mann-Heeres in Westdeutschland stark machen zu wollen. Dieser Beschluss der CDU-Fraktion, in Beisein und auf Veranlassung des Bundeskanzlers gefasst, veranlasste damals den Pressechef der französischen Delegation in Genf zu der resignierten Bemerkung: "Sie haben noch keinen Säbel und rasseln trotzdem schon damit" ...

+ + +

Saisonkrieg hinter nackten Felsen

Auf seiner Asienreise besuchte unser Mitarbeiter zweimal das britische Protektorat Aden am Ausgang des Roten Meeres. Aus Anlass der gegenwärtigen Streitigkeiten zwischen dem arabischen Königreich Yemen und der britischen Protektoratsregierung von Aden gibt er folgenden Bericht:

Dr. Str. Wenn die Dampfer der Ostasien-Linien das Rote Meer verlassen und in den Indischen Ozean fahren, dann gehen sie zumeist in Aden auf Resede, um ihre Öl- und Wasservorräte für den zweiten Teil der Reise in den Fernen Osten wieder aufzufüllen. Das ist so seit dem Tage, da ein britisches Schiff im Jahre 1839 in Aden Zuflucht suchte, da es sich - infolge Trinkwassermangels - in Scenot befand. Der Kapitän des Schiffes schloss mit dem Stammesfürsten dieses Bereichs der arabischen Welt ein Abkommen, durch welches der Gesellschaft des Schiffes, der Ostindischer Compagnie, das Recht eingeräumt wurde, Kohle und Süßwasser zu deponieren. In diesem Vertrag war zwar nicht ausgemacht, dass britische Truppen kurze Zeit später diese Stapelrechte durch militärische Intervention sicherten. Allerdings hatten die Engländer nicht nur die

12. 1. 1957

Sicherung der Öl- und Wasserspeicher im Auge, sondern sie wollten zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: sie waren, für die damalige Strategie verständlich, daran interessiert, den Seeweg nach Indien durch ein weiteres Glied in der Kette der Stützpunkte zu kontrollieren.

Dazu eignete sich der Bereich Aden am Ausgang des Roten Meeres. So hat sich Aden im Laufe der Jahrzehnte zu einem strategisch wichtigen und wirtschaftlich unbezahlbaren Standort für das britische Königreich entwickelt. Wenn der 'New Comer' auf der Ostasienroute das Territorium Adens betritt, versperrt ihm eingeborene Polizisten den Weg durch die Befestigungsanlagen, und man wendet sich links, um in die Stadt zu kommen, wo im Europäerviertel ein munteres orientalisches Treiben mit arabischen Teppichknüpfern und allerhand Händlern herrscht. Die im Schatten riesiger nackter, von der Sonne ausgedörrter Felsen liegende Araberstadt wird den Weißen zum Besuch nicht empfohlen. Hinter dieser natürlichen Scheidung dehnt sich die arabische Wüste, und nur der Geometer weiss, wo die Landesgrenze des Yemen liegt, ein arabisches Königreich in der Einflussphäre Mekkas, das es nicht gerne sieht, wenn Unglückliche, also Nicht-Mohammedaner, ihren Fuss über seine Schwellen setzen. Die Geldquellen dieses Landes sind die von Amerikanern und Deutschen auf Grund vertraglicher Abmachungen auszubeutenden Metall- und Ölquellen.

Im Zeichen der Souveränitätsbestrebungen der afro-asiatischen Länder ist den Volke von Yemen die britische Besatzung in Aden ein Dorn im Auge. Deshalb hört die Welt in der Zeitspanne von jeweils einigen Jahren, dass wieder ein Kleinkrieg zwischen den englischen Truppen in Aden auf der einen und rebellierenden Arabern auf der anderen Seite entbrannt ist. Bisher kamen die Engländer noch stets mit einem lachenden und einem weinenden Auge davon, aber es hat den Anschein, als ob bei den jetzigen Kämpfen zwischen den regulären Truppen des Yemen und den Engländern, die mit Bomben und Panzerangriffen gegen Grenzstädte des arabischen Königreiches vorgegangen sein sollen, kein politischer Kompromiss erzielt werden kann.

Drei Forderungen stellen die Yemeniten: 1. sofortige Einstellung des Feuers; 2. Abzug der Engländer aus Aden; 3. friedliche Zusammenarbeit mit den Briten, jedoch keine abrupte Revision der yemenitisch-

englischen Verträge von 1934, 1937 und 1951.

Diese konziliante Haltung des Yemen ist zu verstehen, denn die technischen, von den Engländern errichteten Anlagen zur Ölverarbeitung- und Verwertung können von den wenigen arabischen Technikern nicht, bzw. nur unzulänglich bedient werden.

Yemen, gedeckt durch die arabische Liga, will den Fall Aden vor die UNO bringen. Um diesem Vorlangen ein wenig Nachdruck zu verleihen, gab A.R. Albaydary, Geschäftsträger des Yemen in Bonn, bekannt, es hätten sich bereits einige Tausend Freiwillige zur Verfügung gestellt, um dem Yemen zu helfen, Aden heimzuholen. Ob darunter auch solche sowjetischer Herkunft sind, konnte er nicht sagen. Zweifellos wird es nicht so weit kommen: die Kolonialmächte können nämlich nicht länger mit Zuckerbrot und Peitsche die Völker des Morgenlandes regieren. Je eher sie es einsehen, desto besser, denn Moskau hätte sonst eine neue Chance.

+ . . . + . . . +

Würmeling kauft ein

FB. Es ist so still um Würmeling geworden! Eigentlich schade, denn dieser ominöse Familienminister hat trotz seines politischen Blindgängerdaseins doch ab und zu Stoff für erheiternde Glossen gegeben. Darum dem Bundesrechnungshof ein besonderes Lob, der uns wieder einmal eine Eskapade des Herrn Familienministers zur Kenntnis gebracht hat.

Aus der amtlichen Drucksache 3033 des Deutschen Bundestages geht hervor, dass Würmeling für seine insgesamt 11 Beamten und 8 Angestellten Einkäufe getätigt hat, die in ihrer Hortungstendenz nur mit den Speiseöleinkäufen bei Beginn der Suezkrise vergleichbar sind. So kaufte er nicht nur 10 Bleistiftspitzmaschinen ein, also fast für jeden Beamten eine, sondern auch 26 000 Laufmappen. Auf jeden Angestellten und Beamten entfallen also rund 1.360 Laufmappen! Es bleibt unerfindlich, welche Akten und Denkschriften darin untergebracht werden sollen, selbst wenn das Ministerium in Tag- und Nachtschichten über-

flüssiges Papier produzieren würde.

Aber auch weiter zeichnet sich der Minister durch ein grosszügiges Beschaffungswesen aus. Er kaufte nicht nur 2.800 Blei- und Kopierstifte ein, sondern auch gleich 110 Flaschen Korrekturlack und 300 Stück Radiergummi. 56 000 Blatt Flugpostpapier sollten offensichtlich die ganze Welt mit Würmeling-Ideen bekanntmachen und beglücken. Und damit zum guten Schluss nachher die Hände in Unschuld gewaschen und getrocknet werden können, wurden auch noch 230 Handtücher beschafft.

Das Ergebnis dieser Beschaffungswut war, dass ein Teil des Materials den Lieferanten zurückgegeben und gegen anderes Büromaterial umgetauscht werden und zum Teil an andere Ministerien abgetreten werden musste.

Am originellsten aber ist die Begründung, die Würmeling für seine Anschaffungen gibt. Als "sorgsamer Hausvater" rechnete er mit späterer Preissteigerungen und deshalb, so meinte er treuherzig, habe er doch eigentlich nur Haushaltsmittel eingespart(!). Der Bundesrechnungshof hat sich damit nicht zufrieden gegeben und, wie es höflich heisst, "vornag er diesen Begründungen nicht beizutreten". Würmeling wird sogar bescheinigt, dass für einen Teil der beschafften Gegenstände überhaupt keine Verwendungsmöglichkeit best-nd und nach der Reichshaushaltsordnung unangemessene Vorratskäufe am Schluss des Rechnungsjahres sogar unzulässig sind.

Da der Minister sich bereiterklärt hat, die zuviel beschafften Gegenstände anderen Bundesbehörden zu überlassen, kann nach Auffassung des Rechnungshofes "von weiterem abgesehen werden".

In Regierungskreisen erzählt man sich jetzt, Würmeling habe den Nachweis erbringen wollen, dass er sich unter Umständen auch als "Beschaffungsminister" eignet. Die Meldung, man habe im Familienministerium Zuwachs erwartet und deswegen so grosse Bestellungen aufgegeben, wurde energisch dementiert.

Forschungsarbeit auf sozialistischem Gebiet

sp. Die Zahl der wissenschaftlichen Untersuchungen von wesentlichen Problemen des Sozialismus ist seit dem Kriege Jahr für Jahr sehr gross. Wissenschaftler mit sozialistischer Grundeinstellung sind beteiligt an der geistigen Neuorientierung der sozialdemokratischen Partei in der Bundesrepublik und an entsprechenden geistigen Entwicklungen an anderen Ländern. Diese Arbeiten sind freilich in der Regel nicht breit angelegte Zusammenfassungen des Gesamtbereichs der sozialwissenschaftlichen Fragen, die den Sozialisten angehen. Es sind meist monographische Untersuchungen spezieller Art. Immer deutlicher zeichnet sich aber eine allgemeine Linie dieser Forschung ab, die der Neuorientierung der Partei auf ihren Parteitag und ihren Aktionsprogrammen entspricht. Die in entscheidend wichtigen Fragen neue Sicht, wie sie beispielsweise in der Präambel des Berliner Aktionsprogramms zum Ausdruck kommt, zeigt für den kundigen Leser sehr deutlich diesen engen Kontakt zwischen wissenschaftlicher Forschung und der Programmatik der Partei. Es empfiehlt sich daher, dass auch die breitere Öffentlichkeit von dieser Forschungsarbeit der Wissenschaftler mit sozialistischer Grundhaltung Kenntnis nimmt.

In den letzten Wochen sind zwei Neuerscheinungen auf diesem Gebiete herausgekommen. Sie entstammen der Feder von Gerhard Weisser, der als Mitglied der gegenwärtigen Programmkommission des Parteivorstandes und Federführer für den wirtschafts- und sozialpolitischen Unterausschuss dieser Kommission sowie als Mitglied der früheren derartigen Ausschüsse der Partei seit ihrer Wiedergründung im Jahre 1945 zu den wissenschaftlichen Interpreten der politischen Grundhaltung der Partei gehört.

Sein Beitrag "Wirtschaft" zu dem zweibändigen Handbuch der Soziologie, herausgegeben von Werner Ziegenfuß, behandelt viele Fragen, die auch in der Programmkommission eine Rolle spielen. Hier sind zunächst die Bemerkungen zur Zeitanalyse zu nennen, die er im Blick auf das Wirtschaftsleben den theoretischen Ausführungen über die Grundzüge der Wirtschaftswissenschaft beifügt. Die Bemerkungen in der Präambel des Berliner Aktionsprogramms über die "neuen Abhängigkeiten" bei fortschreitender Industrialisierung lässt sich in ihrer Bedeutung klarer erkennen, wenn etwa die Abschnitte dieser Zeitanalyse über die Rolle des angeblich "souveränen", in Wahrheit so abhängigen Konsumenten in unserer heutigen Wirtschaftsgesellschaft oder die Ausführung über das sogenannte Eigenleben der organisatorischen Apparate und die Fragwürdigkeit der Bezeichnung der Spitzenmanager unserer Wirtschaft als "angestellte Unternehmer" herausgegriffen werden.

Die Ausführungen über die Verarmung der Gesellschaft an Gebildeten berühren sich mit der von der Partei geforderten "Vielfältigkeit des sozialen Lebens" und der Verderblichkeit uniformierender Schablone in der Wirtschaft. Dass Weisser die heutige Wirtschaftsgesellschaft - ganz gleich, ob man das bedauert oder begrüsst - als im Wesen gesellschaftlich bezeichnet, beleuchtet die Unmöglichkeit aller liberalistischer Versuche, die Einkommensverteilung auf die sogenannten

"produktiven Beiträge" des einzelnen zu beziehen. Einkommensverteilung sei notwendig eine Sache politischer Entscheidung.

Die theoretischen Parteien der Weisser'schen grundsätzlichen Untersuchung der wirtschaftlichen Probleme wenden sich gegen die von Liberalismus verschuldete verhängnisvolle Verengung des wissenschaftlichen Blickfeldes. Die klassische Wirtschaftslehre hat sich mehr und mehr auf die Behandlung des Ablaufs der Wirtschaftsprozesse in einer Volkswirtschaft aus lauter miteinander mehr oder weniger in Konkurrenz stehenden privatwirtschaftlichen Erwerbsunternehmen beschränkt. Weisser betont gegenüber diesen Lehren vom Ablauf der wirtschaftlichen Prozesse die Notwendigkeit, wieder mehr die Lehren von den in geschichtlicher Wandel stehenden Strukturen der wirtschaftlichen Gebilde auszubauen und insbesondere eine Lehre von den Strukturen der Unternehmen zu entwickeln. Diese Unternehmen können ja für die Zwecke des Politikers nicht einfach nach den Rechtsformen unterschieden werden. Weisser fordert auch, dass neben die blosse Beschreibung und Erklärung der Wirtschaft, Lehren im Sinne der wissenschaftlichen Ausstattung des wirtschaftspolitischen 'Werkzeugkastens' treten sollen; Systeme von Empfehlungen und Warnungen für die wirtschaftspolitische Praxis. Hierbei behandelt er an dieser Stelle und in seinem sonstigen Schrifttum die auf diesem Gebiete sehr benachteiligten logischen Grundprobleme. Dies alles betrifft Aufgaben der Forschung, die gerade auch den sozialistischen Politiker interessieren. Das Programm der SPD muss sich auf wissenschaftliche Einsichten dieser Art stützen können.

In dem zweiten, von Weisser soeben herausgebrachten Buch behandelt der Verfasser die Grundprobleme der sogenannten Eingliederungspolitik. Er geht aus vom Gutachten seiner Institute über die zur Eingliederung der Vertriebenen in die Industrie geeigneter Unternehmertypen und behandelt dann ganz allgemein und in internationaler Sicht die Aufgaben, die überall dort entstehen, wo sog. Überschussbevölkerungen mit dem Optimismus an Produktivität in die Volkswirtschaft eingegliedert werden müssen. Die Vorschläge, die er und seine Institute auf diesem Gebiete vertreten, haben bereits auch in den asiatischen Ländern Interesse erregt, die bei raschem Wachstum ihrer Bevölkerung erst am Anfang der Industrialisierung stehen.

Weisser wendet sich vor allem auch der alten sozialistischen Problematik der sog. "Arbeiterunternehmen" zu. Er bezieht sich auf die Mängel der Arbeiter-Produktivgenossenschaften, die immer wieder Fehlschläge und Entartungen herbeiführen, und er schlägt andere konstruierte Typen von Arbeiterunternehmen vor. Er stellt dabei diese ganze Problematik auch in den Zusammenhang der Bestrebungen "Eigentumsbildung in Arbeiterhand", die ja gerade jetzt auch in der SPD und bei den Gewerkschaften intensiv erörtert werden.

Gernard Weisser, Produktivere Eingliederung -
Unternehmertypen für die Eingliederung der Vertriebenen und
anderer Eingliederungsbedürftiger. Göttingen, Verlag Schwartz & Co.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel